Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 133 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 11. Juni 1931

Untragbarkeiten.

Man hat sich in Deutschland gar nicht übermäßig aufgeregt, wenn — und das ist noch nicht allzu lange her, es wiederholt sich auch immer noch von Zeit zu Zeit — in Frankreich „höchste“, ja „allerhöchste“ Persönlichkeiten wie etwa der jetzige Präsident Doumergue, Herr Poincaré, Herr Maginot, derzeitiger Kriegsminister, oder andere vor enthüllten Kriegsdenkmälern ihre bekannten, immer auf den gleichen antideutschen Ton gestimmten „Sonntagsreden“ hielten. War es unbescheiden, für uns ein ähnliches, allerdings sehr viel gemäßigter ausgeübtes Recht zu verlangen? Ein Protestrecht gegen die Lüge von der deutschen Schuld am Kriege, gegen die Vergewaltigung in Versailles oder, wie vor kurzem auf dem Stahlhelmtag in Breslau, gegen die Fortsetzung dieser antideutschen, selbst vom Völkerbund als solcher verurteilten Gewaltpolitik in Polen? Deutschland hat auch vor dem Kriege nie offiziellen Protest dagegen erhoben, daß man in Paris von 1871 bis 1914 die Statue der Stadt Straßburg mit einem Trauerflor umhüllte und alljährlich entsprechende Feiern vor ihr abhielt mit den Reden des „Nie-Vergessens“. Der französische Außenminister Briand hat sich in seiner langen Amtszeit von jenen „Sonntagsreden“ im allgemeinen ferngehalten. Aber womöglich noch „demonstrativer“ hat er sich nicht selten in der französischen Volksvertretung selbst bemüßigt gefühlt, gegen den „nationalistischen Geist“ in Deutschland loszuziehen. Jetzt machte er es wieder und dieser zweifellos kluge Politiker merkt gar nicht, daß er durch seine jedem diplomatischen Gebrauch widersprechende Einmischung in innerdeutsche politische Verhältnisse die Lage des Kabinetts Brüning nur erschwert. Wir Deutsche können ja nur dagegen protestieren, daß man in Frankreich die Schuld allein uns in die Schuhe dafür schieben will, wenn es mit der „friedlichen Regelung der Differenzen zwischen den beiden Ländern nicht vorwärts gehe“. Denn schließlich ist die Genfer Konferenz noch sehr jungen Datums und das von den Franzosen besetzte Saargebiet liegt vor den Toren Deutschlands!

Und wenn nun Briand gar erklärt, der Young-Plan könne nicht abgeändert werden, weil er einen „endgültigen Charakter“ habe, so vergißt diese scharfe Formulierung gegen eine solche Revision nun erst recht, daß das Schicksal auch des Kabinetts Brüning selbst abhängt von einem Erfolg oder Nichterfolg in der Revisionsfrage. Briand „möchte nicht“, daß das Kabinett Brüning „durch Nationalisten ersetzt werde“, aber — abgesehen auch hier wieder von dieser Einmischung in deutsche innenpolitische Verhältnisse — es kann doch dem französischen Außenminister nicht unbekannt sein, daß auch für die Notverordnung gerade die Frage der Young-Plan-Revision den Hintergrund abgibt.

Von allen Seiten her hat sich die Kritik einerseits natürlich der Opposition gegen die Notverordnung, dann aber andererseits auch der Regierungsparteien selbst gegen einzelne oder viele der dort enthaltenen Bestimmungen gewandt. Allerdings läßt sich selbst aus der Schärfe dieser Kritik heute noch nicht eine absolute Gewißheit dafür ableiten, daß es nun auch zu einem parlamentarischen Kampf um die Notverordnung, also zu der baldigen Einberufung des Reichstages kommt. Wesentlich hängt das natürlich von der Haltung der Sozialdemokratie ab, die durchaus nicht verhehlt, daß ihr besonders die Herabsetzung der sozialpolitischen Leistungen durch die Notverordnung überaus bedenklich erscheint. Wieweit Dr. Brüning etwaige Änderungen oder Milderungen, die von einzelnen Parteien vorgeschlagen werden, nun auch wirklich zulassen will und zulassen kann, wieweit andererseits einzelne Minister ihr Schicksal mit gewissen Bestimmungen der Notverordnung verknüpft haben —, das alles wird recht erheblich auch von der Stellung der großen Berufsverbände beeinflußt, auf deren Wünsche die Parteien Rücksicht nehmen müssen.

Entscheidend ist letzten Endes freilich dabei aber nun doch, was der Reichskanzler den Parteiführer über jenen Hintergrund, also die Anbahnung einer Revision des Young-Planes, auf Grund seiner Erfahrungen in Chequers mitteilt. Und von dem, was er den Parlamentariern sagen wird über die nächsten von ihm beabsichtigten Schritte und deren Aussichten. Vielleicht kann er damit allzu weit vorstoßenden Abänderungswünschen an der Notverordnung mindestens insofern entgegenwirken, als sie nicht zur innenpolitischen Krise führen würden. Denn damit erhielte auch die deutsche Außenpolitik ein ganz anderes Gesicht. Aber auf der Gegenseite steht die Tatsache, daß die scharfe Kritik an dieser Verordnung immer neue Unzweckmäßigkeiten, Widersprüche, Untragbarkeiten enthüllt — und diese sollten abgestellt werden können, weil selbst die Not nur das auf unsere Schultern legen kann, was wir zu tragen vermögen.

Zusammenschluß der bürgerlichen Mitte.

Das sozialdemokratische Blatt „Der Abend“ berichtet über angebliche Verhandlungen, die zum Zusammenschluß der Volkskonservativen, der Staatspartei und der Deutschen Volkspartei führen sollen. Der Führer des Gedankens sei Reichsfinanzminister Dietrich. Wie die Nationalliberale Korrespondenz dazu mitteilt, ist der Deutschen Volkspartei von solchen Verhandlungen nichts bekannt.

Der Kampf um die Notverordnung.

Noch keine Entscheidung über Reichstagseinberufung.

Kanzler und Parteien.

Um die Abänderung der Notverordnung.

Der Reichskanzler ist am Mittwoch abend zusammen mit dem Reichsaußenminister von seiner Englandreise nach Berlin zurückgekehrt und steht nun vor der Notwendigkeit, den Kampf um seine Notverordnung mit den Parteien und Organisationen aufzunehmen. Er findet folgende Lage vor:

Zufrieden ist mit der Notverordnung niemand, keine Partei, keine Organisation, kein Mensch, auch nicht die eigene Partei des Kanzlers, das Zentrum. Während die Oppositionsparteien Aufhebung der Notverordnung durch den Reichstag fordern, rufen die Regierungsparteien mehr oder weniger stark nach Abänderung. Daß eine Abänderung erfolgt, dürfte kaum mehr zweifelhaft sein, denn es ist nicht anzunehmen, daß es Brüning auf eine Kraftprobe ankommen lassen will. Die Frage ist nur: Soll der Kampf offen im Reichstage ausgefochten werden oder hinter verschlossenen Türen in Reichstagsausschüssen und im Sitzungszimmer des Kabinetts? Der Kanzler ist unbedingt

gegen die Einberufung

des Reichstages. Das geht auch unzweideutig aus der Haltung der führenden Zentrumspartei hervor, die sich beschwörend an die anderen Regierungsparteien wendet, doch ja nicht auf den Zusammentritt des Reichstages zu bestehen, und damit den Wünschen der Opposition nachzugeben. Aber die anderen Regierungsparteien haben, — obwohl ihnen der Gedanke der Reichstagseinberufung nicht sonderlich sympathisch sein dürfte, — doch keine rechte Lust, sich ohne weiteres den Wünschen des Zentrums zu fügen. Sie sind bisher der Entscheidung der Frage ausgewichen. Deshalb ist auch

der Ältestenrat des Reichstages

in seiner Mittwochsitzung zu keinem Beschluß gekommen, als er sich mit den Anträgen der Opposition auf Einberufung des Reichstages beschäftigte. Die Entscheidung soll erst nächste Woche fallen.

Am schwierigsten ist die Lage für die Sozialdemokratie. Die Parteiführung würde sich ohne Zweifel gegen die Austragung des Kampfes im Reichstag aussprechen, wenn nicht aus den eigenen Reihen die Forderung käme, den Reichstag einzuberufen und die Notverordnung mit allen Mitteln zu bekämpfen. In diesem Sinne hat sich die SPD. in Frankfurt a. M. und die SPD. Ostsachsens ausgesprochen. Der Vorstand der SPD.-Fraktion hat in einer Sitzung zunächst dringend eine Abänderung der Notverordnung verlangt, man will zunächst feststellen, ob diese Abänderung durch direkte Verhandlungen mit dem Kanzler erreicht werden kann. Dann erst will man weitere Beschlüsse fassen.

Der Reichskanzler findet also allerhand Arbeit vor. Die Kabinettssitzungen haben sofort nach seiner Rückkehr aus England begonnen, und am Freitag will Brüning zum Reichspräsidenten nach Ostpreußen fahren, um ihm über die Lage Bericht zu erstatten.

•

Zwischenfall bei der Abfahrt des Reichskanzlers.

Als der Sonderzug, mit dem Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius an der Waschanstalt des Norddeutschen Lloyds in Bremerhaven vorbeifuhr, wurde von einer Gruppe Nationalsozialisten die Hakenkreuzfahne gezeigt. Die Schutzpolizei schritt sofort gegen die Demonstranten ein. Der Redakteur der Sturmwelle, Bruns, und drei andere Nationalsozialisten, die sich an der Demonstration beteiligt hatten, wurden dem Polizeigericht zugeführt.

•

Noch keine Entscheidung des Ältestenrats.

Über die Sitzung des Ältestenrates des Reichstages wird noch bekannt: Der Ältestenrat des Reichstages hatte sich am Mittwoch abend mit den Anträgen der Nationalsozialisten und der Kommunisten zu beschäftigen, wonach der Reichstag für den nächsten Dienstag einberufen werden sollte. Für diesen Antrag stimmte auch der Vertreter der Wirtschaftspartei, Abg. Mollath, während sich der Vertreter des Landvolkes der Stimme enthielt. Mit den Stimmen der übrigen Parteien wurden die Anträge gegen den entschiedenen Widerspruch der Abgg. Stöhr (Nat.-Soz.) und Berndt (Dtn.) abgelehnt. Auf Wunsch mehrerer Fraktionen wurde dann mit Rücksicht auf die bevorstehenden Fraktionssitzungen beschlossen, noch keine Entscheidung über eine frühere Einberufung des Reichstages zu fällen, sondern am Dienstag, den 16. Juni eine neue Sitzung des Ältestenrates zu diesem Zwecke abzuhalten.

•

Ein neuer Überbrückungskredit des Reiches.

Die bereits seit längerer Zeit beabsichtigten Besprechungen des Reiches mit der Reichsbank zwecks Beschaffung eines Kredites zur Überbrückung der durch die in den ersten Monaten des Haushaltsjahres regelmäßig spärlicher eingehenden Einnahmen entstandenen Schwierigkeiten sind begonnen worden. Von seiten des Reiches wird versucht, eine Summe von rund 250 Millionen Mark auf mehrere Monate zu erhalten.

•

Der Proteststurm gegen die Notverordnung.

Besprechungen der Reichsregierung.

Das Reichskabinett wird am Donnerstag zu einer Ministerbesprechung über die in Chequers geführte Aussprache zusammentreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Beratung auch auf die Proteste gegen den Inhalt der neuen Notverordnung erstreckt.

Diese Proteste häufen sich von Tag zu Tag. So hat der Gesamtvorstand der

Wirtschaftspartei

einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Notverordnung hat das deutsche Volk bitter enttäuscht. Sie stellt im wesentlichen die Fortsetzung der bisherigen Politik mit Mitteln dar, die Reichskanzler und Reichsregierung selbst wiederholt als verfehlt, wirtschaftsfeindlich und als Ursache des deutschen Niederganges bezeichnet haben. Daher fordert die Wirtschaftspartei die sofortige Einberufung des Reichstages und die Aufhebung der Notverordnung und die sofortige Aufrollung des gesamten Reparationsproblems mit dem Ziele der Einstellung sämtlicher Tributleistungen.

•

Die Reichsführung des

Christlich-Sozialen Volksdienstes

teilt mit, daß sie der Auffassung ist, daß die durch die Notverordnung dem deutschen Volke auferlegten neuen Lasten nur einstweilen tragbar sind, wenn die Reichsregierung unverzüglich die Revision der Tributzahlungen in Angriff nimmt. Der Volksdienst ist bereit, die unerläßliche Abstellung offensichtlicher Mängel der Notverordnung hinter diesen Gesichtspunkt zurückzustellen.

•

Die Reichstagsfraktion der

Bayrischen Volkspartei

erhob in einer Fraktionssitzung gegen mehrere Bestimmungen der Notverordnung erhebliche Bedenken. Die Fraktion gab der Anschauung Ausdruck, daß durch Verhandlungen Änderungen herbeigeführt werden müßten. In den nächsten Tagen wird die Fraktion nochmals zusamenentreten, um endgültige Stellung zu nehmen.

SPD. Ostsachsens gegen die Notverordnung.

Der erweiterte Bezirksvorstand der ostsächsischen SPD. billigte einstimmig die Zustimmung der ostsächsischen Delegierten auf dem Leipziger Parteitag zur Entschließung Aufhäuser, ferner den Beschluß, daß die Fraktionen in allen Körperschaften einheitlich und geschlossen aufzutreten haben. Von den Abgeordneten des Bezirks erwartet der Bezirksvorstand, daß sie in der Reichstagsfraktion die neue Notverordnung energisch bekämpfen und wenn keine andere Möglichkeit bleibe, sei der Reichstag einzuberufen.

Dr. Brünings Ankunft in Berlin.

Starke polizeiliche Absperrung.

Über die Ankunft von Dr. Brüning und Dr. Curtius in Berlin werden folgende Einzelheiten bekannt: Der Lloydsonderzug mit dem Reichskanzler Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius lief auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Zum Empfang hatten sich auf dem Bahnsteig eingefunden: Reichsfinanzminister Dietrich, Reichsminister Treviranus, Staatssekretär Pünder, Staatssekretär von Bülow, Reichspressechef Dr. Zechlin sowie Frau Curtius. Außerdem waren anwesend der englische Botschafter Sir Horace Rumbold, der amerikanische Botschafter Gordon, der amerikanische Generalkonsul Messersmit und andere Herren der amerikanischen Botschaft. Die Polizei hatte auf dem Bahnhof selbst nur geringfügige Absperrungsmaßnahmen getroffen, dagegen war der Bahnhof in ziemlich weitem Umfange von der Polizei abgesperrt worden.

Als erster entstieg der Reichskanzler dem Zuge, der sofort vom Reichsfinanzminister Dietrich begrüßt wurde. Die Herren begaben sich zu den vor dem Bahnhof wartenden Automobilen. Beim Besteigen der Kraftwagen wurden von dem mehrere hundert Köpfe starken Publikum Rufe „Deutschland erwache!“ laut. Die Polizei säuberte die Umgebung des Bahnhofes, ohne aber zu Gewaltanwendung gezwungen zu sein. Die Abfahrt der Minister vollzog sich dann in voller Ruhe.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF